



GRÜNE VORSTÖSSE FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Für die GRÜNEN ist klar: Alle Menschen haben die gleichen Rechte und müssen die gleichen Chancen haben, unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer sexuellen Orientierung. Als Pionierpartei sind die GRÜNEN seit Jahrzehnten Vorreiter in Sachen Gleichstellung und konsequent in den eigenen Reihen: Die grüne Parlamentsfraktion besteht zu 63 % aus Frauen und ist damit die mit Abstand weiblichste Fraktion. Seit ihrer Gründung trägt die Partei zum Wandel hin zu einer offeneren Gesellschaft bei.

Dennoch ist die Gleichstellung der Geschlechter noch immer nicht Realität. Weiterhin bestehen zahlreiche Diskriminierungen, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum. Das Recht, über den eigenen Körper oder das eigene Leben zu bestimmen, wird immer wieder ignoriert und gesellschaftlich und politisch in Frage gestellt. Zu viele Frauen sind immer noch Opfer häuslicher oder sexueller Gewalt, und Femizide sind leider nach wie vor an der Tagesordnung. Im Strafrecht kommt es bei schweren Straftaten wie Vergewaltigung noch immer zu geschlechtsspezifischen Diskriminierungen.

Im Laufe der Jahre hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Engstirnige Moralvorstellungen von Geschlechterrollen oder sexueller Orientierung sind auf dem Rückzug, die binäre Unterscheidung Frau-Mann als einzige Option verliert allmählich an Boden, auch wenn die bürgerliche Mehrheit im Parlament damit zu kämpfen hat. Die Gesellschaft ist schon lange toleranter als die konservative Politik.

Genau diese Offenheit wollen die GRÜNEN im Gesetz verankern. Ihre Fraktion hat im Laufe der Jahre zahlreiche Vorstösse zur Gleichstellung der Geschlechter eingereicht, die jedoch regelmässig an der konservativen Haltung des Parlaments scheitern. Anlässlich des Feministischen Streiks am 14. Juni 2023 reicht die Fraktion einen ganzen Strauss von Vorstössen ein, um die Forderungen der Strasse unter die Bundeshauskuppel zu tragen.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

HAUSWIRTSCHAFT DEM ARBEITSRECHT UNTERSTELLEN

Unbestritten handelt es sich bei der Arbeit in Haushalten, beispielsweise für die Betreuung von älteren Menschen, die noch zuhause bleiben können, um anerkannte Berufstätigkeiten. Die Situation von Hausangestellten ist aber häufig prekär, da die Löhne niedrig, die Anstellungsbedingungen schwierig und die Sozialversicherungen lückenhaft sind. Im Gegensatz zu Angestellten von Verleihfirmen sind direkt Angestellte nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. So haben sie diesen Schutz des Arbeitsgesetzes nicht. Mit einer Motion ([23.3651](#))

verlangen die GRÜNEN, dass Arbeitnehmende in Privathaushalten dem Arbeitsrecht unterstellt werden sollen, damit sie dieselben Rechte und denselben Schutz wie andere Berufsgruppen haben, so etwa was den Gesundheits- und Mutterschutz oder die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen angeht.

SYSTEMRELEVANTE «FRAUENBERUFE» ENDLICH AUFWERTEN

Die Arbeit in Pflege und Betreuung ist systemrelevant, Teil des unverzichtbaren Service Public und mit einer hohen Verantwortung verbunden. Trotzdem sind die Berufe deutlich unterbezahlt und die Arbeitsbedingungen oft ungenügend. Die Aufwertung der «Frauenbranchen» in Pflege und Betreuung, welche die hohe Verantwortung, das Fachwissen und die Relevanz für die Gesellschaft adäquat bewertet und honoriert, ist ein längst fälliger Schritt zur Gleichberechtigung von Frau und Mann. In einer Motion ([23.3615](#)) fordern die GRÜNEN den Bundesrat auf, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen in klassischen «Frauenbranchen» wie im Pflege- und Betreuungsbereich aufzuwerten. Die Vorlage soll eine deutliche Lohnerhöhung bewirken und die Arbeitsbedingungen verbessern.

DAS ANALYSE-TOOL DER LOHNGLEICHHEIT IN UNTERNEHMEN FÖRDERN

Die Zahlen zeigen es: Frauen verdienen im Durchschnitt 8,6 % weniger als Männer. Diese Differenz kann nicht durch Unterschiede in der Ausbildung, der Arbeitserfahrung und der beruflichen Tätigkeit erklärt werden. Um die Lohnungleichheit zu bekämpfen, hat der Bund den Unternehmen eine Software (Logib) zur Verfügung gestellt, mit der sie die Lohnungleichheit ihres Personals analysieren und die Lohnpolitik entsprechend anpassen können. In einer Interpellation ([23.3631](#)) fordern die GRÜNEN den Bundesrat auf, das Parlament über den Einsatz dieser Software zur Analyse der Löhne sowie über die erzielten Ergebnisse zu informieren. Da der unerklärte Anteil des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern in grossen Unternehmen geringer ist als in kleinen, soll zudem die Berechnung der Lohnunterschiede auch für mittlere und kleine Unternehmen möglich gemacht werden.

DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER IM SCHWEIZER KULTURBEREICH FÖRDERN

Es herrscht ein Mangel an Daten und Statistiken zu Genderfragen im Kulturbereich, und dies obwohl die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kultursektor eines der Hauptziele der Kulturbotschaft 2021-2024 darstellt. Erste Ergebnisse eines Pilotprojekts, das 2021 in Partnerschaft mit Pro Helvetia durchgeführt wurde, zeigen, dass es im Kulturbereich grosse Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt. Frauen sind in Führungspositionen mit nur 28,8 % über alle Disziplinen hinweg deutlich unterrepräsentiert, während auf operativer Ebene Männer und Frauen annähernd gleich vertreten sind. Auch in künstlerischen Führungspositionen und als Autorinnen und Komponistinnen sind sie in der Minderheit. Künstlerinnen und ihre Werke werden weniger wahrgenommen und erhalten weniger Preise. In einer Motion ([23.3630](#)) fordern die GRÜNEN den Bundesrat auf, Statistiken und qualitative Daten zum Thema Gender im Kulturbereich zu sammeln, um die Hindernisse für eine Karriere von Frauen im Kulturbereich zu identifizieren.

VEREINBARKEIT VON ARBEIT UND FAMILIE

FÜR EINE FAMILIENFREUNDLICHE UMSETZUNG DER PFLEGEINITIATIVE

Angesichts der angespannten Personallage im Pflegesektor hat der Bundesrat mit der Annahme der Pflegeinitiative den Auftrag erhalten, rasch wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen zu treffen. Da die Umsetzung des Volkswillens auf sich warten lässt, verlangen die GRÜNEN in einer Motion die Rechtsgrundlagen dahingehend anzupassen, dass in der Pflege flexiblere Arbeitszeiten und innovative Arbeitsmodelle eingeführt werden können. So würde die Pflege insbesondere durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Arbeit und Familie attraktiver, was den Verbleib in den Pflegeberufen fördern und den weiteren qualitativen und quantitativen Abbau der medizinischen Dienstleistungen im Gesundheitswesen mit der Schliessung von Betten, Abteilungen und ganzen Spitälern sowie Heimen verhindern würde.

GEGEN DIE MUTTERSCHAFTSSTRAFE

Zahlen des Bundesamts für Statistik BFS (2023) zeigen, dass Geschlechterungleichheiten beim Lohn von Frauen mit der Geburt eines Kindes drastisch zunehmen. Lohnunterschiede existieren nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Müttern und allen anderen: Verheiratete Frauen erhalten im Schnitt 24 % weniger Lohn als verheiratete Männer. Mit einer Interpellation ([23.3646](#)) wollen die GRÜNEN vom Bundesrat wissen, wann die nächste Studie zu den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern geplant ist und mit welchen Kriterien und Methoden die Lohnungleichheit ausgewertet wird. Es soll auch aufgezeigt werden, wie Teilzeitarbeit, die vor allem von Müttern wahrgenommen wird, sich auf die Lohnungleichheit auswirkt.

GEGEN DISKRIMINIERUNG UND GEWALT

GEGEN DIE PERIODENARMUT KÄMPFEN

Menstruationsarmut existiert auch in der Schweiz. Sie betrifft besonders Obdachlose, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und Studentinnen. Obwohl die Menstruation mindestens die Hälfte der Bevölkerung direkt betrifft, ist sie in der Schweiz immer noch ein Tabuthema. Für alle menstruierenden Menschen mit niedrigem Einkommen ist der Kauf der teuren Menstruationsprodukte eine finanzielle Belastung. Diese Artikel sind genauso ein Grundbedürfnis wie zum Beispiel Toilettenpapier, das in jeder öffentlichen Toilette kostenlos zur Verfügung steht. Insbesondere in Schulen und Bildungseinrichtungen sollten Massnahmen zur Zugänglichkeit von Menstruationsprodukten ergriffen werden. In einem Postulat fordern die GRÜNEN den Bundesrat auf, einen Bericht über Menstruationsarmut in der Schweiz vorzulegen und Massnahmen zu prüfen, mit denen der Zugang zu kostenlosen Menstruationsprodukten für alle menstruierenden Personen, die diese Produkte benötigen, gewährleistet wird.

EINEN HÜRDENLOSEN ZUGANG ZUM SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH GARANTIEREN

Gut 20 Jahre nach der Einführung der Fristenregelung ist es an der Zeit, zu untersuchen, wie es um den Zugang zu Angeboten rund um den Schwangerschaftsabbruch steht.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen etwa auf, dass es immer noch Hürden gibt, die für die Betroffenen und das Gesundheitspersonal eine Belastung bedeuten. Und die Statistik zum Schwangerschaftsabbruch weist auf Unterschiede in Bezug auf die Angebote in den Kantonen hin, die sich nicht einzig mit der Nachfrage begründen lassen. In einem Postulat beauftragen die GRÜNEN den Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie in der Schweiz der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch und die entsprechende Versorgung in der Praxis funktioniert, welche Hürden bestehen und welche Massnahmen es braucht, um den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch und die Versorgung sicherzustellen.

FÜR GLEICHSTELLUNG IN DER STRASSENSIGNALISATION

Ungleiche Geschlechterbilder und -rollen äussern sich im Alltag in Sprache und Bildern, die unbewusst wahrgenommen werden. So zum Beispiel die Verkehrssignalen. Die Signalisationsverordnung definiert die Signale auf den Wegweisern: Ein erwachsenen Mann mit Hut und ein Mädchen zeigen die Fussgängerwege an. In einer Frage ([23.7382](#)) möchten die GRÜNEN wissen, ob der Bund bereit ist, das Fussweg-Signal, durch ein neues Bild zu ersetzen, das der in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellung der Geschlechter besser entspricht.

MEHR EFFORT FÜR FRAUEN IM SPORT

Nachdem die Bundesrätliche Verordnung für die Förderung der Frauen in den Sportverbänden stark abgeschwächt wurde, wird wenig Fortschritt bei der Frauenförderung im Sport erwartet. Die Zukunft muss aber auch in der Sportwelt gleichgestellt sein.

Mit einer Frage wollen die GRÜNEN vom Bundesrat wissen, wie er verschiedene Massnahmen zur Erreichung von mindestens 40 % Frauenanteil in den Sportverbänden umsetzen will – zum Beispiel Genderbudgetierung von Jugend & Sport, Förderung von Trainerinnen oder Forschung zur frauenspezifischen Sportförderung.